

## **Rede vom 02. Juli 2020 – Jugendmedienschutz an hessischen Schulen und digitaler Nachholbedarf**

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Die aktuelle Situation zeigt uns allen wieder einmal sehr deutlich, wie viel Luft nach oben gelegentlich in der hessischen Bildungsinfrastruktur an unseren Schulen ist

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und wie gut es ist, dass aufgrund der großen Unterstützung des Bundes nun endlich eine Reaktion zur besseren Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten erfolgen kann. Diese Ausgangssituation zwingt den Blick auf die nächste wichtige Frage, nämlich auf den Jugendmedienschutz an den hessischen Schulen. Angemessener Jugendmedienschutz und seine Umsetzung scheinen – das zeigt unsere Große Anfrage deutlich auf – in weiten Teilen noch immer Fremdwörter zu sein. Dabei ist ein sicherer Umgang mit dem World Wide Web und den sozialen Medien wichtiger als je zuvor.

(Beifall SPD)

Der Schulalltag in Zeiten von Corona hat nicht nur gezeigt, dass Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte unerwartet vor völlig neuen Herausforderungen standen. In null Komma nichts mussten Schulen Konzepte entwerfen, wie Kinder und Jugendliche zu Hause Fernunterricht erhalten, wie sie trotz weggebrochenem Präsenzunterricht Lerninhalte erarbeiten und sich auf Prüfungen vorbereiten. Solch eine Situation gab es für alle zum ersten Mal – das gebe ich zu –, aber ein wenig mehr grundsätzliches Engagement für digitales Lernen vor der Pandemie hätte die Probleme verringern und die Situation wahrscheinlich entschärfen können.

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten)  
und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Kein Internetanschluss, keine Endgeräte oder nur ein einziges Gerät für mehrere Geschwister, keine ausreichenden technischen Kenntnisse seitens Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften und Eltern – damit waren viele im Fernunterricht monatelang konfrontiert. Dieses Problem des Fernunterrichts war vorherzusehen und auch rasch sichtbar. Hier bestätigt sich wieder einmal die Haltung der SPD, dass die Landesregierung alle denkbaren Entwicklungen rund um den Bereich der Digitalisierung in den vergangenen Jahren nicht wirklich ernst genommen hat. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, da erzähle ich Ihnen ja nichts Neues.

(Beifall SPD und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Digitalisierung bedeutet jedenfalls nicht, jedem Schüler und jeder Schülerin bloß ein Tablet in die Hand zu drücken. Damit ist es bei Weitem noch nicht getan; dennoch ist es ein wichtiger und notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Die Verteilung digitaler Endgeräte geht selbstverständlich auch mit dem nötigen Jugendmedienschutz zwingend einher. Kinder und Jugendliche dürfen mit Gefahren und Risiken der digitalen Welt nicht alleingelassen werden.

(Beifall SPD)

Und dass diese im Real Life vorhanden sind, zeigen Untersuchungen wie die Speech-Studie. Im Kulturpolitischen Ausschuss hat man uns über erste erschreckende Ergebnisse berichtet. Da kommt unsere Große Anfrage zur richtigen Zeit, und in der Beantwortung gibt es einen roten Faden, der sich durch alle Bereiche zieht: Es gibt überall noch reichlich Luft nach oben.

(Beifall SPD und Moritz Promny (Freie Demokraten))

Ein ganz deutlicher Befund ergibt sich aus den Antworten auf unsere Große Anfrage: Ohne sach- und fachkundige außerschulische Kooperationspartner stünden die hessischen Schulen beim Jugendmedienschutz mehr als nur im Regen. Ohne die Angebote der LPR Hessen wie die Projekte Internet-ABC und Webklicker, die Angebote des hr, des Instituts für Medienpädagogik und Kommunikation sowie Anbieter wie Digitale Helden würde Bildung rund um das Thema Jugendmedienschutz so gut wie gar nicht vorkommen. Von allen Kooperationspartnern ist im Grunde genommen zu hören, dass sie sich aufgrund der Bedarfslage eine größere Inanspruchnahme durch die Schulen wünschen würden.

So schätzt das Kultusministerium – das entnehmen wir der Antwort auf die Anfrage –, dass z. B. seit 2017, also in vier Jahren, mit dem Projekt Digitale Helden gut 44.000 Schülerinnen und Schüler erreicht wurden. Die Anwendung eines einfachen Dreisatzes zeigt: Das ist ein Anteil von knapp 6 %. Da muss man sich die Frage stellen: Was macht man mit den anderen 94 % der Schülerinnen und Schüler, die nicht erreicht wurden?

(Beifall SPD, Moritz Promny (Freie Demokraten)  
und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Auch da ist reichlich Luft nach oben. Damit zeigt sich die nächste Schlussfolgerung: Ja, Jugendmedienschutz ist an den Schulen eine Querschnittsaufgabe. Und ja, alle an Schule Beteiligten müssen diesen auf der täglichen Agenda haben. Aber auch im Bereich der Fortbildung von Lehrkräften gibt es noch Luft nach oben. Das belegen deutlich die Zahlen zur Nachfrage von Lehrkräften für die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen wie zum Jugendmedienschutzberater an hessischen Schulen. Auch da gibt es noch Luft nach oben.

(Beifall SPD)

Ich frage mich, woran das liegen mag. Haben Lehrkräfte eventuell zu wenig Zeit? Oder werden die Bildungsangebote nicht ausreichend zwischen Kultusministerium und Schulen kommuniziert? Lehrkräfte müssen heutzutage vielfältige Aufgaben erfüllen: Sie müssen nach wie vor Lehrinhalte vermitteln, sie sollen immer mehr als Lernmoderatoren agieren, und sie sollen den richtigen Umgang mit Medien lehren. Und was nutzt den Lehrkräften in Hessen eine entsprechende Fortbildung, wenn sie im Anschluss an ihrer Schule kein Deputat und damit keine Zeit für die Umsetzung ihrer Kenntnisse bekommen?

(Beifall SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Was Lehrerinnen und Lehrer nicht brauchen, sind bürokratische Hürden. Es muss für Schulen möglichst einfach sein, sich über Angebote des Jugendmedienschutzes zu informieren und passende Aktionen durchzuführen. Dafür benötigen sie alle Unterstützung. Zum Thema Unterstützung entnehmen wir der Antwort auf die Große Anfrage, dass in jedem Staatlichen Schulamt ein Fachberater für Medienbildung Teil des sogenannten multithematischen Teams ist. Das Beratungskontingent für alle Schulen im Schulamtsbezirk wurde im Februar 2020 auf zwölf Stunden verdoppelt. Ich erspare mir hier den einfachen Dreisatz, aber viel Zeit kann dabei für die Beratung der einzelnen Schule nicht herumkommen. Auch bei der Beratung gibt es also noch Luft nach oben.

(Beifall SPD)

Die Tatsache, dass digitale Schülerlotsen, Digitale Helden und Medienscouts die pädagogische Arbeit der Lehrkräfte mit Peer-Education-Ansätzen unterstützen und ergänzen, ist sehr hilfreich und für Schülerinnen und Schüler tatsächlich eine gute Sache. Sie ist aber eher ein Hinweis darauf, dass zu wenig Digitalisierung in der Lehrerbildung in den vergangenen Jahren vorkam. Damit in einer Klasse oder in einem Kurs Bildungsinhalte

bedarfsgerecht vermittelt werden können, müssen Lehrkräfte dementsprechend ausgebildet werden. Die Hochschulen haben das Problem erkannt und sich auf den Weg gemacht. Das ist gut so; denn auch hier ist noch Luft nach oben. Die außerschulischen Kooperationspartner weisen darauf hin, dass auch die Eltern der Schülerinnen und Schüler besser abgeholt werden müssen, wenn es um die Vermittlung von wichtigen Inhalten geht. Studien zeigen, dass die Eltern die Gefahren des Internets und der sozialen Medien häufig noch unterschätzen. Hierbei ist eine gute Kooperation zwischen Eltern und Schule dringend erforderlich. Denn auch Eltern müssen mit Lehrkräften im Rahmen eines erfolgreichen Jugendmedienschutzes an einem Strang ziehen. Sie sind schließlich die Experten für ihr Kind und damit die wichtigsten außerschulischen Kooperationspartner überhaupt.

(Beifall SPD)

Auch hierbei scheint es noch Luft nach oben zu geben.

Abschließend stellt sich die Frage, ob die komplexen und wichtigen Inhalte wirklich nebenbei im Fachunterricht vermittelt werden können. Ich formuliere hier ein klares Nein. Lehrkräfte haben Zeitdruck aufgrund der Vielfältigkeit ihrer Aufgaben, häufig fällt Unterricht aus, und nicht alle Schülerinnen und Schüler lernen gleich. Sie benötigen individuelle Förderung. Sie, werte Landesregierung, weichen uns bei der Frage aus, wie viele Stunden pro Woche und Monat für den Jugendmedienschutz vorgesehen sind. Die Informationen sind an dieser Stelle ungenügend und geben keinerlei Aufschluss darüber, wie das Thema schwerpunktmäßig im Unterricht behandelt wird. Jugendmedienschutz ist kein Inhalt für nebenbei; denn sonst wird er auch als solcher verstanden.

Digitalisierung ist eine große Chance, werte Kolleginnen und Kollegen. Sie befähigt Schülerinnen und Schüler, sich von zu Hause aus mit Lerninhalten zu befassen. Sie ermöglicht das digitale Lernen mit Apps und vereinfacht das Arbeiten mit Lehrmaterial und die Binnendifferenzierung. Von überall her kann auf Lernblätter, Aufgabenstellungen und Austauschplattformen zugegriffen werden. Digitalisierung birgt aber auch ein großes Risiko, das z. B. Cybermobbing, Fake News, Hate Speech und Gewalt umfasst. Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden und lernen, mit Gefahren des Internets umzugehen, sie einzuschätzen und zu bewerten. Eine angemessene Bildungspolitik muss neben fachlichen Kompetenzen auch dazu beitragen, den Umgang zwischen Schülerinnen und Schülern offline sowie online sozial zu gestalten. Passiert an dieser Stelle nichts oder zu wenig, wächst eine Generation der Digital Natives heran, die das Internet zu wenig kritisch und ohne Vorsicht nutzt.

Was hessische Schulen jetzt dringend brauchen, ist ein breit gefächertes Konzept mit Möglichkeiten des digitalen Lernens, technischer Ausstattung, Support und ausgebildeten Lehrkräften, die Kinder und Jugendliche in ihrer schulischen Ausbildung bestmöglich unterstützen und deren Eltern effektiv mit einbeziehen. Es muss endlich an die Umsetzung gehen. Den Worten müssen Taten folgen, und das besser heute als morgen. Denn auch hier ist noch reichlich Luft nach oben.

– Vielen Dank.

(Beifall SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))